

Rheingauer Bote

Rüdesheimer Zeitung
Amtliches Bekanntmachungsblatt

Fernsprecher 295.

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag. Bezugspreis: vierteljährlich Mk. 6.—, in der Geschäftsstelle abgeholt Mk. 5.80. Durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.— ohne Bestellgeld.
Verantwortlicher Schriftleiter: Karl Meier

Anzeigenpreis: 20 Bg. für die einpaltige Beitzelle, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Textteile im Reklamenteil 75 Pfennig. — Bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Nachschlag.
Druck und Verlag:
H. Meier's Buchdruckerei, Rüdesheim a. Rh.

Nummer 45.

Montag, den 19. April 1920.

44. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachungen.

Der Bezirksauschuss in Wiesbaden (Wasserbuchbehörde) weist in einer im Regierungsamtsblatt erlassenen Bekanntmachung daraufhin, daß alle bisherigen Rechte an Wasserläufen (Ge- und Verbrauchsrechte, Ab- und Einleitungsrechte, Staurechte usw.), die nicht im Grundbuche eingetragen sind, am 1. Mai 1924 erlöschen, wenn nicht vorher ihre Eintragung in das Wasserbuch bei ihm beantragt worden ist. Der Antrag kann bei der Ortspolizeibehörde, dem Landrat oder dem Bezirksauschuss schriftlich oder zu Protokoll angebracht werden, unter gleichzeitiger Beifügung der das Recht begründenden Urkunden, die in der Bekanntmachung näher bezeichnet sind. Es empfiehlt sich daher für jeden, der derartige Rechte geltend zu machen hat, jetzt einen solchen Eintragungsantrag zu stellen. Zur Führung des Wasserbuchs für den ganzen Regierungsbezirk ist der Bezirksauschuss in Wiesbaden zuständig.

Rüdesheim, den 15. April 1920.

Der Magistrat: J. B.: Brogkitter.

Die Bäckereien wollen ihren Bedarf an Eichen- und Buchenreiferknüppel-Holz bis spätestens zum 22. ds. Mts. beim Magistrat anmelden.

Rüdesheim, den 17. April 1920.

Der Magistrat.

In der Woche vom 20. 4. bis einschl. 26. 4. 1920 kommen folgende Lebensmittel zur Herausgabe:

Bei den Metzgern am Mittwoch und Donnerstag, den 21. und 22. 4. Schmalz, abgetrennt wird Nr. 17 der Fettkarte.

Ab Donnerstag, den 22. ds. Mts., in allen Geschäften Hafersflocken und Bohnen.

Auf den Kopf entfallen:

Schmalz	250 Gramm	zum Preise von	8.25 Mk.
Hafersflocken	250	"	1.30 "
Bohnen	500	"	3.40 "

Für Hafersflocken und Bohnen wird Nr. 8 der Lebensmittelliste abgetrennt.

Selbstverfoger erhalten die Hälfte, Fettselfstverfoger sind vom Bezuge ausgeschlossen.

Die nächste Krankensachen-Ausgabe (Butter) bei Fr. Anna Barth, Markt, findet am Freitag, den 23. April 1920 statt.

Samstag, den 24. April 1920, vormittags von 9—11 Uhr, wird im Armenhaus, Zimmer Nr. 3, Karbid verausgabt, so lange der Vorrat reicht, wie folgt:

Bezirke 1—13	von 9—10 Uhr
" 14—26	" 10—11 "

Der Preis für ein Kilogramm beträgt 1.50 Mk.

Bei der Herausgabe der Bezugsscheine für Hemdenstoffe wurden folgende Bezugsscheine bis heute nicht abgeholt:

Müller, Philipp, Bahnhofstraße, Ortseiser, Johann, Rheinstraße, Mayer, Margaretha W., Schmidtstr., Magnus, Elise, Neustraße, Schreiner, August, Schmidtstraße, Karstenholz Jakob, Jakobstr.

Sollten die Bezugsscheine bis zum 22. ds. Mts. nicht abgeholt sein, so werden dieselben anderweitig verausgabt werden.

Rüdesheim, den 17. April 1920.

Der Magistrat.

Baut Kartoffeln!

Denkt an unsere Kartoffelnot.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 16. April.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß ein Antrag auf Strafverfolgung des Abg. Braß wegen Landesverrates usw. eingegangen ist. Er wird dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen. Präsident Fehrenbach gibt sodann den Tod des Abg. Kollmann (Deutschnatl.) bekannt.

Es folgen Anfragen. Eine Reihe von Anfragen bleibt unerledigt, weil die Abgeordneten zur Berlesung der Anfragen nicht erschienen sind. Auf Anfrage Jungnickel (Soz.) wegen Unterstützung der notleidenden Gemeinden im sächsischen Erzgebirge mit Bekleidungsgegenständen, wird regierungsseitig geantwortet, daß die Regierung sich mit dem sächsischen Wirtschaftsminister ins Benehmen gesetzt habe.

Auf Anfrage von Dr. Köhler (Dn.) wegen Verweisung des Religionsunterrichts aus der sächsischen Volksschule wird regierungsseitig geantwortet, daß auf Einspruch des Reichsministers des Innern die sächsische Regierung eine Verordnung erlassen habe, welche die Weitererteilung des Religionsunterrichts verbietet.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes betr. die Grundschule und Aufhebung der Volksschule.

Abg. Fellmann (Soz.): Das Gesetz bietet uns das allerbescheidenste Minimum von dem, was wir fordern müssen. Wir hoffen, daß die Regierung uns bald eine sechsjährige Grundschule vorlegen wird, ebenso eine Vorlage betr. die Lehrerbildungsfrage.

Abg. Rheinländer (Ztr.): Das vorliegende Gesetz schafft Wahrheit über den Begriff der Grundschule. Der Mechanismus des bisherigen Schulwesens muß zum Organismus werden. Auch die verschiedenen Lehrerkategorien werden sich jetzt nähertreten.

Das Gesetz wird angenommen.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Interpellationen betr. Eupen und Malmedy und betr. die polnische Verkehrssperre. Außerdem Wochenhilfe und Bericht der Ausschüsse. Schluß nach 7½ Uhr.

In treuer Hut.

Roman von E. Borges.

19. Fortsetzung.

Dann sagte Carola, daß Frau von Warned es ohne Anstrengung deutlich hören konnte: „Laß uns gehen, es ist nun genug, Deine Mutter wird ohnehin denken, wir seien verschwunden, und mir sehr zürnen, wenn sie entdeckt, wo wir gewesen sind.“

„Nah, was liegt daran, ich bin Herr hier im Hause“, so lautete die tröstliche Antwort, „meine Mutter muß endlich lernen, daß sie über meine zukünftige Gattin keine Macht haben darf.“

Seine zukünftige Gattin“, wiederholte die Mutter stöhnend. Ihr Antlitz war aschfahl geworden und ihre glühenden Augen flammten regungslos auf das junge Paar, das langsam zwischen hohen Blattgewächsen sich dem Ausgange näherte.

Plötzlich stand Carola still, zog ihr feines Spitzentuch aus der Tasche, preßte es vor ihr Antlitz und nistete laut. „Laß uns eilen“, sagte sie und beschleunigte ihre Schritte, „es ist hier sehr kalt, ich habe mich erkältet.“

„Wirklich? warte ich hole Dir einen Shawl“, versetzte Thilo besorgt und wollte an ihr vorüber eilen.

Aber Carola war ebenso schnell und ehe Frau von Warned ihr Verstand verlassen konnte, waren beide an ihr vorüber.

Kaum war das junge Paar ihren Blicken entschwinden, als die erregte Mutter in das Gewächshaus eilte und schnell einen Brief von dem Boden aufnahm.

„Das ist ihre Handschrift“, flüsterte sie, dann las sie die Aufschrift: „Signor L. Rizino, Via de Verzelli, Florenz.“

„Ah! ich sah es, er fiel aus ihrer Tasche, als sie ihr Taschentuch hervorzog. Vielleicht gibt mir dieses Schreiben eine Auskunft. Sie spielten

mir einen bösen Streich, Fraulein Carola, ich will mit gleichen Waffen dienen. Koch nie in meinem Leben las ich fremder Leute Briefe, aber jetzt fühle ich mich wie verwandelt, dieses Geschöpf hat meine ganze Natur verändert. Sie hat meinen eigenen Sohn gegen mich ausgeheißt, daher will ich mich rächen.“

Frau von Warned barg den Brief, der noch geschlossen war, in ihrer Tasche, dann glättete sie ihre Stirn und ging beruhigt in den Speisesaal. Die Gäste plauderten, lachten, scherzten und aßen. Niemand schien die Wirrin vernutzt zu haben.

Thilo stand mitten unter den Gästen, die am heftigsten waren, ihm zur Seite sah Maritta von Hochfeld, aber Carola war noch nicht amwesend, das war doch befriedigend.

„Ich hoffe, ich sehe sie nicht wieder, dachte die Hausfrau und trank hastig ein Glas Champagner, das ihr Nachbar ihr einschenkte, ich kann mit dieser Person dieselbe Luft in einem Zimmer nicht aimen.“

Aber es lag nicht in Carolas Absicht, der Gesellschaft fern zu bleiben. Sie suchte in diesem Augenblicke eifrig nach dem Briefe, dessen Verlust sie bemerkte, als sie den Speisesaal betreten wollte, und sofort lehrte sie nach dem Wintergarten zurück.

„Ich hatte ihn hier“, nach allen Seiten umherspähend, „denn ich las ihn noch einmal durch, ehe Thilo kam. O, wenn er ihn gefunden hat und ihn liebt, was soll ich dann sagen? Dann ist meine schöne Hoffnung vernichtet, denn er wird mich nicht heiraten. Was liegt auch daran? Na, manchmal hasse ich ihn! Titus liebt mich mehr, o, wird er verzweifeln, wenn er merkt, daß ich ihn betrogen habe! Heute Abend steht mir immer sein Bild vor Augen und ich kann den Gedanken an ihn nicht los werden.“

Sie schauderte leicht, dann nahm sie einen anderen Brief aus ihrer Tasche und las dann halblaut:

„Du hast nicht geschrieben, wie Du es versprochen hast, warum nicht? Hüte Dich, Carola, ich habe geschworen, Dich zur Gattin zu nehmen, und ich halte meinen Schwur. Ost fürchte ich, der blonde Deutsche will Dich mir entreißen und Du wirst ihn heiraten, weil er reich ist und ich bin arm. O, hätte ich nur Geld, 8000—10000 Mark, um die dringendsten Gläubiger zu befriedigen, damit ich meine Bestimmung halten kann. Dann würden wir zusammen ein glückliches Leben führen, Du und ich. O meine Geliebte, komm zurück in meine Arme, Du mußt, Du sollst bald kommen! Dein Titus.“

Carola küßte die Unterschrift, dann barg sie wieder den Brief in ihrer Tasche. „Wo mag mein Brief sein?“ fuhr sie dann gereizt fort, „wenn Thilo ihn gefunden hat, muß er ihn mir geben, ehe er Zeit hat, ihn zu lesen.“

Sie eilte zurück in den Speisesaal, schlüpfte auf den Platz an der Seite ihres Verlobten.

„Fühlst Du Dich besser?“ küßte er und beugte sich besorgt nieder.

„Ja“, lächelte sie, aber ich vernichte einen Brief, er war mir entfallen, hast Du ihn gefunden?“

Thilo schüttelte sein Haupt. „Nein, ich habe ihn nicht gesehen, doch als er Carola erblickte sah, fügte er schnell hinzu: „ich suche ihn nach dem Abendessen oder besser noch wir suchen beide gemeinschaftlich.“

Niemals waren die Stunden so langsam dahingeflossen wie heute. Im letzten Augenblick da schlugen die Gäste einen Tanz vor, zu dem Frau von Warned ihre Zustimmung nicht verweigern konnte. Es war fast 4 Uhr morgens, ehe man sich zur Ruhe begab und auch die Wirtin daran denken konnte, sich in ihr Schlafgemach zurückzuziehen. Schnell zog sie ihren Brief hervor, und las halblaut:

Fortsetzung folgt.

Die Lage im Reich.

dz. Berlin, 19. April. Ueber die Lage im Reich wird amtlicherseits mitgeteilt, daß zweifellos eine größere Beruhigung eingetreten sei. Die Nachrichten, die aus Pommern gekommen sind, scheinen stark übertrieben zu sein. Es liegen keinerlei Meldungen vor, die auf eine Putschbewegung größeren Stiles auch nur hindeuten. — Die Lage in Oberschlesien nimmt dagegen ein sehr ernstes Gesicht an. In Oppeln ist die Bevölkerung sehr erregt, so daß es mit Leichtigkeit zu Unruhen und Krawallen kommen kann. — Der Lage im Ruhrgebiet wird nach wie vor ernste Beachtung geschenkt. Offen ist ruhig. In der Gegend von Remscheid und Solingen befinden sich noch einige tausend Flüchtlinge der Roten Truppen, die zum Teil aber langsam wieder zur Arbeit zurückkehren. — Wilde Barden scheuen Gefindels durchziehen vielfach noch das platte Land und plündern einzelne Bauernhöfe. Wie in sehr vielen Städten, so ist auch in Oagen die Waffenabgabe nach wie vor unbefriedigend.

Die Erhöhung der Postgebühren.

dz. Berlin, 19. April. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats, die am Samstag abend unter dem Vorsitz des Reichspostministers Sieberts stattfand, wurden zunächst die Gesetzentwürfe über die Kosten der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge sowie über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung angenommen. Hieran wurden die neuen Postgebühren angenommen. Der braunschweigische Gesandte v. Boden berichtete über die Verhandlungen der Ausschüsse. Er wies auf das Defizit der Postverwaltung hin, das für 1919 1 1/2 Milliarden betrüge und für 1920 auf 2 1/2 Milliarden geschätzt würde. Anlässlich dieser Sachlage sei die Erhöhung der Tarife eine Notwendigkeit. Das Porto für Postkarten soll auf 20 Pfg. erhöht werden, für einfache Briefe auf 40 Pfg. und für Briefe bis zu 250 Gramm auf 60 Pfg. Die Sätze für Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben sind verdoppelt. Auch die Paketgebühren, die Postanweisungsgebühren und die Gebühren für Zeitungen sind erheblich erhöht worden. Der Unterschied zwischen Orts- und Ferntelegrammen ist beseitigt; die Wortgebühr ist auf 20 Pfg. festgesetzt, die Mindestgebühr für Telegramme auf 2 M. Die Fernspreckgebühren erfahren rundweg eine Erhöhung von 100 Prozent. Die Ausschüsse haben sich auch damit einverstanden erklärt, daß von den Fernspreckteilnehmern ein besonderer Kapitalbeitrag in Höhe von 1000 M für jeden Hauptanschluß und von 20 M für jeden Nebenanschluß geleistet wird. Weiter wurde angenommen eine Aenderung des Postgesetzes dahin, daß der bisherige Erlös von 2 M für das Pfund verloren gegangener Ware auf 10 M erhöht wird. Sämtliche neuen Postsätze und Verordnungen sollen am 1. Mai in Kraft treten. Der Reichsrat stimmte ferner dem Gesetzentwurf zu über den Übergang der Post- und Telegraphenverwaltungen Bayerns und Württembergs an das Reich. Bayern erhält für die Aufgabe seiner eigenen Postverwaltung vom Reich 520 Millionen und Württemberg 250 Millionen. Außerdem sind beiden Staaten gewisse KonzeSSIONen auf organisatorischem Gebiet für die Zusammensetzung der Behörde zugestanden worden.

Rapps Verhaftung.

dz. Stockholm, 16. April. Als die Polizei in Södertälje heute den Paf des Dr. Rapp untersuchte, stellte sich heraus, daß er gefälscht war, weshalb Dr. Rapp um 2 Uhr festgenommen wurde. Während des Verhörs gab er sich zu erkennen und wurde dann im Auto nach Stockholm gebracht, wo er durch die Kriminalabteilung einem Verhör unterzogen wurde. Die Polizei will sich jedoch noch nicht darüber äußern, inwieweit von einer Einlieferung in das Gefängnis oder einer Ausweisung die Rede sein kann.

Ergänzend wird gemeldet:

Rapp wurde gestern morgen im Schnellzug Malmö-Stockholm beobachtet. Die Meldung eines Stockholmer Morgenblattes darüber, welche die Polizei in Bewegung. Heute nachmittag haben ihn tatsächlich Geheimpolizisten in einem nachbarschaftlichen Stockholmer in einem Hotel ausfindig gemacht. Da er keinen Paf besaß und sich unter dem falschen Namen Dr. Wilhelm Rapp ins Fremdenbuch eingetragen hatte, wurde er verhaftet und nach Stockholm eingeliefert. Rapp gestand den Beamten ohne weiteres, wer er sei. Es ist noch nicht festgestellt, wie Rapp nach Schweden gekommen ist. Man vermutet, daß er entweder von einem Flugzeug abgesetzt wurde oder aber mit einem falschen Paf ins Land gekommen ist, den er sofort nach der Einreise vernichtet hat. Rapp dürfte wohl bald wieder aus der Haft entlassen werden, da er als politischer Flüchtling hier nach den Grundsätzen des Asylrechtes behandelt wird. Eine Auslieferung kommt kaum in Frage.

Berlin, 17. April. Ueber die Vorgeschichte der Verhaftung Rapps wird der „Köf. Ztg.“ aus Kopenhagen berichtet:

„Rapp hatte sich zuerst auf einem Gute in Pommern verborgen gehalten. Als er sich dort nicht mehr sicher fühlte, wurde in aller Heimlichkeit seine Flucht nach Schweden inszeniert, die in einem Flugzeug vor sich ging. Es glückte Rapp, unentdeckt in Schoonen zu landen und von dort in einem Auto nach Malmö zu entkommen. Rapp reiste, wie bereits gemeldet, auf den falschen Namen „Dr. Wilhelm Rapp“ und benutzte wenigstens sein Monogramm, um vor Indiskretionen der Hotelbedienung sicher zu sein. In

Malmö waren Rapp aber die Verhältnisse offenbar zu eng, und er siedelte nach Stockholm über. Dieser Beschluß muß befremden, da Rapp sicher wußte, daß er sich in Stockholm eher einer Entdeckung aussetzte, als in Malmö. In Malmö bestand nur eine deutsche Botschaft, während die Beamten der deutschen Gesandtschaft, die ihn zweifellos von früheren Beziehungen in Berlin her kannten, ihn verhältnismäßig leicht wiedererkennen konnten. Allerdings hatte er sich dadurch unkenntlich zu machen gesucht, daß er sich den Schnurbart abrasieren ließ. Auf die Frage der Polizei, warum er dies getan habe, erwiderte er trocken: „Ich brauche doch nicht mit meiner Visitenkarte am Hals zu reisen.“ Das Groteske an der Verhaftung Rapps ist, daß er sich selbst durch seine korpsstudentischen Gewohnheiten verraten hat. Um seine Spur zu verwischen, war er nicht direkt bis Stockholm gefahren, sondern in Södertälje ausgestiegen. Ein Kreis junger Ingenieure lud den Fremden ein, an ihrem Tisch Platz zu nehmen. Dies Angebot nahm Rapp gern an. Er wurde gesprächig und erzählte allerlei, so daß am andern Morgen ein Journalist bei ihm erschien, der sich von ihm Auskunft über die politische Lage in Deutschland erbat. Dr. Rapp alias Rapp erklärte, dem Interviewer, daß er Geschäftsmann sei und von Politik nichts verstehe. Der Journalist schöpfte Verdacht und veranlaßte die Polizei, den Paf des verdächtigen Fremden zu prüfen. Es zeigte sich, daß der Paf nicht vorschriftsmäßig visiert war und bei dem darauffolgenden Verhör blieb Rapp nichts weiter übrig, als seine Identität einzugestehen, worauf man ihn verhaftete.“

Befolgung und besetztes Gebiet.

Mainz, 16. April. Die nachbezeichneten Gewerkschaften beschäftigten sich am 13. ds. Mts. mit der Befolgungszulage, die die Beamten des besetzten Gebietes von der Reichsregierung gefordert haben. Sie faßten folgende Entschliessung:

Die am 13. April 1920 in Mainz versammelten Vertreter der unterzeichneten Beamten- und Arbeiterorganisationen des besetzten Gebietes erachten die den Beamten gewährte Befolgungszulage als völlig unzureichend. Sie halten fest an den Forderungen der Provinzialstelle Rheinland des deutschen Beamtenbundes vom 1. März 1920 und verlangen, daß die Ansprüche der Beamten auch den Staatsarbeitern des besetzten Gebietes als Befolgungszulage zugestanden werden. Die Verantwortung für die Folgen der Nichtbewilligung wird abgelehnt.

Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten, Verband des deutschen Verkehrspersonals, Gau Pfalz,

Bayrischer Eisenbahnerverband Pfalz,

Allgemeiner Eisenbahnerverband,

Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter,

Bayrischer Verkehrsbeamtenverein, Bezirk Pfalz,

Bayrischer Staatstechnikerverband, Obmannschaft Pfalz,

Deutscher Eisenbahnerverband,

Verein technischer Verkehrsbeamten, Pfalz,

Bayrischer Postverband, Pfalz,

Bayrischer Bahnmeisterverein, Sektion Pfalz,

Oberwerkführervereinigung, Pfalz.

Die Strömungen in der Zentrumspartei.

Köln, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Organ der Kölner Zentrumspartei, die „Rhein. Volkswacht“, bringt einen Aufsatz erregenden Art, der die Gründung einer Christlichen Volkspartei als bevorstehend ankündigt. Die Bewegung sei schon lange vorbereitet, alle Auflösungsversuche der Fraktion hätten keinen Erfolg gehabt. Weiter sagt das Blatt, daß zahlreiche Geistliche hinter der neuen Partei ständen. Dann heißt es wörtlich:

„Es will scheinen, als ob eine Einigung mit denjenigen, die in Köln auf Absonderung hinarbeiten, nicht mehr möglich wäre. Ihre Bewegung ist nicht örtlich beschränkt, sondern steht in Fühlung mit gleichgerichteten Kräften in Westfalen, in denen, in der Pfalz, in Bayern. Man hat beklagenswerterweise von dieser Seite um eine wirkliche Einigung sich auch gar nicht bemüht, sondern nur gendragt, kritisiert, Unzufriedenheit gesät, nach Plattformen für die künftige Befriedigung politischen Ehrgeizes gesucht. Alles unter der Flagge: das Zentrum hat seine Grundsätze aufzugeben. Wir fragen: vertragen sich solche Absonderungsbestrebungen und ihre äußeren Begeleitumstände mit dem Zentrumsgrundsatze des Rechtes, der Wahrheit und Freiheit, mit dem Charakter der Partei als christlicher Partei, in der Einigkeit und Veröhnungswille auch zu Hause sein sollte? Die Parteionverbündler sollten sich die bitterste Gewissensfrage in letzter Stunde vorlegen, ob sie verantwortlich können, was sie an der Zentrumspartei zu tun im Begriffe stehen. Sie bringen doch jedenfalls die Gefahr einer Absonderung herauf. Die Geschichte der Partei wird in ihr goldenes Buch schwarze Blätter bekommen, wenn die Unzufriedenen das Werk der Parteipaltung vollbringen. Verstandespolitik hat jedem, der noch guten Willens ist, daß es nur eine Stellungnahme gegenüber der Partei und im Interesse christlichen Einflusses im Staate gibt: Trennen bleiben, die Partei groß und stark erhalten, weil man über Grundsätze christlicher Volkstreue in deutschen Landen hohnlachend hinschreiten wird, sofern im Kampfe um Deutschlands Zukunftsges-

haltung hinter der rhetorischen Vertretung dieser Grundsätze nicht eine starke geschlossene politische Partei steht und — sofern hinter ihr nicht die Christen der Tat im sozialen und wirtschaftlichen Leben stehen!“

Köln, 15. April. Ein vorläufiger Vorstand, dem Zentrumsnamen von gutem Klang aus Köln und dem weiteren Rheinland angehörend, erläßt einen Aufruf an Gesinnungsgenossen zur Bildung eines rechten Blocks der Christlichen Volkspartei (Zentrum). In dem Aufruf wird gesagt, man könne nicht länger ruhig zusehen, wie im Zentrum eine Vinkrichtung zur Herrschaft gelange, die eine Umorientierung im Sinne liberal-sozialistischer Tendenz bedende. Die verhängnisvolle Politik, die das Zentrum unter Führung Erbergers im Jahre 1917 begonnen und in der inneren Politik zum Bündnis mit der Sozialdemokratie geführt habe, sei tief bedauerlich. Heute stehe man vor einer Kette von Enttäuschungen. Es stehe alles auf dem Spiel. Der Aufruf verlangt als Richtlinien einer christlichen Politik neben einer Anzahl kultureller, wirtschaftlicher und politischer Forderungen die Ablehnung eines deutschen Einheitsstaates, der rücksichtslos alle gesetzgebende und anordnende Gewalt zentralisiere. Es sei zu fordern volle Selbstständigkeit der einzelnen gleichberechtigten Gliedstaaten.

Berlin, 16. April. Eine Nachrichten-Agentur verbreitet folgendes:

„Wie wir hören, fanden gestern innerhalb der mehrheitssozialdemokratischen Partei 48 Versammlungen statt, die das Thema: Soll die Partei weiterhin in der Koalition bleiben? zum Gegenstand hatten. In allen Versammlungen machte sich eine lebhafteste Strömung geltend, die sich gegen die weitere Aufrechterhaltung der Koalition aussprach und die von dem scharfen Ruck nach links innerhalb der S. P. D. deutlich Zeugnis ablegte.“

Dazu bemerkt der „Vorwärts“, daß sich die Diskussion von 48 Versammlungen, denen übrigens kein einheitliches Programm zugrunde lag, in so wenige Worte nicht zusammenfassen läßt. Nichtig sei zweifellos, daß in den Kreisen der Berliner Parteigenossen die Koalition nur als ein taktischer Notbehelf empfunden wird, dessen man durch ein Erstarken der Partei bei den kommenden Wahlen gern entbunden sein möchte. Ebenso sei man der Meinung, daß unter bestimmten Umständen der Austritt der Partei in die Opposition ein Verbleiben in der Regierung vorzuziehen sein könnte. Doch wird nirgends der Wunsch geäußert, den Deutschnationalen das Ruder in die Hand zu legen, ohne die nach einem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Mehrheit eine neue Regierungsbildung nicht möglich sein würde. Die Frage wird jedenfalls auf der bevorstehenden öffentlichen Reichskonferenz der Partei zur Erörterung gelangen, und die Diskussion in der bürgerlichen Presse wird sich besser auf den Bericht über sie stützen, als auf die lakonische Meldung eines Berichterstatters, der nicht dabei war.“

Eifen, 11. April. Im Saalbau fand heute unter Teilnahme der Minister Giesberts und Dell eine Versammlung von Vertretern der Zentrumspartei aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet statt, die sich mit den Vorgängen im Ruhrgebiet befaßte. Die dort verübten verbrecherischen Gewalttaten wurden auf das schärfste verurteilt. In einer von der Versammlung angenommenen Entschliessung heißt es u. a.:

Wir fordern von der Regierung eine Politik der Kraft und Tat, einen Willen, der auch unter Einsatz der eignen Person und der Parteivorteile den Staatsgedanken vor der hereinbrechenden Anarchie zu retten bereit ist. Um dem Industriebezirk geordnete Verhältnisse und die Rückkehr zu Ruhe und Arbeit zu ermöglichen, ist die Erfüllung folgender Bedingungen unerlässlich und von der Regierung unter allen Umständen und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen: 1. Aufhebung und Verbot aller politischen rechtlichen Räte in irgendeiner Form. 2. Das Bielefelder Abkommen ist in den Punkten, welche eine Gefährdung der Verfassung und eine Beeinträchtigung der verfassungsmäßigen Gewalten darstellen, unter keiner Bedingung zu erweitern. 3. Die Entwaffnung der Bevölkerung hat allgemein und unnahezu vollständig zu erfolgen. Die Waffen sind unter wirksamer Bewachung der Vollziehungsgewalt zu stellen. 4. Schaffung einer starken unpolitischen Polizeitruppe in den einzelnen Ortsbezirken. 5. Die Verurteilung und Verbannung von rechts und links sind in der gleichen Weise der Bestrafung zuzuführen. 6. Das Reich erseht die durch den Aufbruch entstandenen Kosten und Schäden der Gemeinden sowohl wie der Privaten. Die Mittel hierzu sind durch schärfste Veranziehung der Schuldigen wieder herbeizubringen. 7. Alle Ausländer im Industriebezirk sind einer dauernden und wirksamen Kontrolle zu unterwerfen. Arbeitslose Ausländer sind im Ruhrgebiet nicht zu dulden. Ausländer, die sich der Aufhebung gegen die in Deutschland bestehende Ordnung schuldig machen, sind des Landes zu verweisen. 8. In allen Staats- und Reichskommissariaten müssen die drei Mehrheitsparteien paritätisch vertreten sein. Zum Schluß der Versammlung wurde scharf die nach dem Zustandekommen des Bielefelder Abkommens erkennbare Zauderpolitik des Reichskommissars Severing und des Reichskanzlers Müller gezeigelt. Mit tiefer Erregung wurde gebrandmarkt, daß Reichskanzler Müller den Worten seiner Parteiführer und den Angaben von

Bermischte Nachrichten.

unabhängigen mehr Gehör schenkte, wie den Mahnrufen der übrigen Bevölkerungskreise.

Berlin, 18. April. Die hiesige bairische Gesandtschaft teilt mit: In letzter Zeit haben sich Anhaltspunkte dafür ergeben, daß in der Festungshaftanstalt Niederschönfeld zum Sturz der Regierung und der Einführung der Räterepublik anscheinend ein weitverzweigtes hochverräterisches Komplott geplant wurde. Das im einzelnen festgelegte hochverräterische Unternehmen sollte nach der Entwaffnung der Einwohnerwehr in Szene gesetzt werden. Eine am 17. April in der Festungshaftanstalt Niederschönfeld bei den Gefangenen fortgenommene Durchsuchung bestätigte diese Verdachtsgründe. Die Untersuchung ist eingeleitet, die Öffentlichkeit wird über den weiteren Gang der Angelegenheiten unterrichtet.

Dresden, 18. April. Vom Wehrkreis-Commando 4 wird mitgeteilt: Nach übereinstimmenden Meldungen des tschechischen Grenzkommandos in Gradlitz und Breitenbach sowie der Militärpolizei in Geger ist Söllz am 17. April in Marienbad verhaftet und in das Kreisgerichtsgefängnis Geger eingeliefert worden.

Rom, 16. April. Ag. Stefani. In Turin dauert der Generalkrieg an. Zwischenfälle kamen nicht vor. In der Stadt ist alles ruhig. Die öffentlichen Betriebe arbeiten. Die Zeitungen erscheinen nicht und die Theater sind geschlossen.

Nach den Blättern dehnt sich der Generalkrieg nunmehr auch auf die Provinz aus. Der Eisenbahnverkehr konnte bisher noch in beschränktem Umfang aufrecht erhalten werden. In der ganzen Provinz ist der Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr unterbrochen. Die Industriellen haben nach dem Secolo die Summe von 7½ Millionen angegeben, um den Kampf bis zum äußersten durchzuführen zu können. Der Avant nimmt an, daß der Streik auch auf Mailand ausgedehnt wird, wo die Arbeiter mit den Turiner Arbeitern sympathisieren.

Die Auffassung Frankreichs

Paris, 16. April. Havas meldet: Der französische-englische Zwischenfall hat Deutschland nur in seinem Widerstande gegen die Ausführungen des Friedensvertrages bestärkt; es zeigte eine völlige Verachtung gegenüber den anderen Mitunterzeichnern des Vertrages. Gestern, so wird aus London gemeldet, soll Lord Curzon energische Schritte beim deutschen Geschäftsträger in London getan haben, um eine Zurücknahme der überzähligen Truppen aus dem Ruhrgebiet zu erlangen. Heute trifft in Paris eine neue Nachricht ein, in der die englische Regierung die anderen Alliierten zur Mithilfe bei der Gesamtinitiative auffordert, bei der von der Berliner Regierung die strenge Befolgung der Vertragsklauseln bezüglich der Entwaffnung verlangt wird. Im Falle einer Nichterfüllung dieser Forderung würde die gesamte Lebensmittelversorgung für Deutschland eingestellt. Ueber diesen Punkt hat Lord Derby mit Millerand eine längere Unterredung gehabt. Zu der Botschafterkonferenz, in der auch betr. dieser Angelegenheit diskutiert wurde, sandte auch die italienische Regierung in Bono Longari ihren Vertreter. Trotz des Schweigens, in das sich die politischen Kreise hüllen, scheint es doch, als ob Lord Derby dazu bestimmt wäre, die französische Regierung aufzufordern, an dem Schritte teilzunehmen. Die französische Antwort kann ja nicht zweifelhaft sein. Diese Initiative der alliierten Mächte muß angesichts des hohen Willens Deutschlands nur ergriffen werden. Alliierte Beobachter, die von der Ruhr zurückkehren, erklären, daß diese Bewegung niemals einen bolschewistischen Charakter angenommen habe. Andererseits wird uns mitgeteilt, daß die durch die Regierung ins Ruhrgebiet geschickten Truppen bei weitem beträchtlicher sind, als sie den Alliierten angegeben wurden. Das erste Problem, das die alliierten Staatsleiter also zu lösen hätten, wäre die baldige Entwaffnung Deutschlands.

Eupen und Malmédy.

Berlin, 19. April. Das belgische Verwaltungssystem wird durch nachstehendes Telegramm, das bei der Reichsregierung eingegangen ist, gekennzeichnet:

Da Eupen durch belgische Truppen hermetisch abgesperrt ist, kommen die Unterzeichneten über Biesen, Waldwege und Moorland und melden: Der christliche Gewerkschaftssekretär Bouken wurde am 14. April verhaftet und nach Belgien entführt. Am 15. April fanden sich in Eupen 10000 treudestreue Männer und Frauen aus dem kleinen Kreise Eupen zu einem friedlichen Demonstrationenzug zusammen, um die Abstimmung auszuüben. Ein Zug bewaffneter Gendarmen mit blanker Waffe sowie Infanterie und Militärpolizisten, die mit dem Gewehrkolben und Gummiknüppeln dreinschlügen, trieben sie auseinander. Das maßlos gereizte Volk sieht die deutsche Regierung um Schutz gegen die belgische Tyrannei und den unerhörten Bruch des Friedensvertrages durch Belgien an. Die führenden Industriellen, Innungs-Vorsitzenden, Gewerkschaftssekretär und Arbeiterführer stehen vor der Verhaftung und werden offen mit Ausweisung bedroht. — Absender des Telegramms sind die Zentrumspartei, die Gewerkschaften und der Verband der Eisenbahnarbeiter in Eupen.

Rüdesheim, 19. April. In aller Stille feierte Herr Pfarrer Dr. Jos. Karst, Frankfurt-Sachsenhausen, am letzten Donnerstag sein 25jähriges Priesterjubiläum. In hiesiger Pfarrkirche und an demselben Altare, wo er vor 25 Jahren, am 15. April 1895, sein erstes hl. Messopfer darbrachte, zelebrierte der Jubelpriester am Donnerstag früh 7 Uhr das Hochamt. Nach dem Hochamt nahm er die Glückwünsche seiner Altersgenossen entgegen. In treugebliebener Anhänglichkeit versammelten sich am Freitag abend im Gesellenhaus die Altersgenossen und -Genossinnen und die Mitkommunikanten des Jubilars um mit ihm noch bei einigen Stunden gemüthlichen Zusammenseins den Jubeltag zu beschließen. Anschließend an die Ansprache eines Altersgenossen wurde dem Jubelpriester im Namen aller Anwesenden ein im gotischen Stil gearbeitetes Altarpult als Erinnerung an seinen Ehrentag mit folgendem Geleitspruch überreicht:

Möge Gott Dir geben noch für lange Zeit,
Wahre Schaffensfreude für die Christenheit;
Tausendfacher Segen möge Dich umblüh'n
Und der Menschheit Liebe dankbar mit Dir zieh'n.

Herr Pfarrer Dr. Karst dankte tiefgerührt für die ihm gewordene Ehrung, gedachte auch der während den 25 Jahren dahingegangenen Altersgenossen und -Genossinnen. Nur allzurauch verfloßen die schönen Stunden bei musikalischen Vorträgen, Reden und Toasten. Man trennte sich mit kräftigem Händedruck: „Auf gesundes Wiedersehen zum 50. Geburtstagsfeste 1922.“

Rüdesheim, 19. April. Die bisherigen Beschränkungen im Nachnahme-, Postauftrags-, Postanweisungs- und Zahlartenverkehr zwischen dem unbesetzten Deutschland und dem deutschen Saargebiet sind mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden. Auf diesen Verkehr finden sonach von jetzt an die allgemeinen Bestimmungen Anwendung. — Nach Ungarn sind gemäß einer Mitteilung der ungarischen Postverwaltung gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen nur offen zulässig. Geschlossene eingehende derartige Sendungen werden in Ungarn den Zollämtern zugeführt oder an die Absender zurückgeleitet.

Rüdesheim, 19. April. Zur Erleichterung des bargeldlosen Verkehrs mit der Post sieht die Postverwaltung neuerdings davon ab, einen allgemein gültigen, begrenzten Höchstbetrag festzusetzen, bis zu dem Wertzeichen mit Leberweisung oder Scheck gegen Vorlegung eines besonderen Ausweises gekauft oder Postaufträge und Nachnahmen eingelöst werden können. Die Postanstalten sollen selbst mit jedem Teilnehmer an dem Verfahren auf Antrag die Grenze nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse und dem geschäftlichen Bedürfnis der Teilnehmer vereinbaren.

Rüdesheim, 19. April. Briefsendungen nach der Tschechoslowakischen Republik müssen nach den Gebührensätzen des Weltpostvereins und nicht mehr nach den früheren ermäßigten Gebühren frei gemacht werden.

Rüdesheim, 19. April. (Reichs-Höchstmietverordnung). Wie aus Berlin berichtet wird, sollen die Bestimmungen der preussischen Höchstmietverordnung in nächster Zeit erweitert werden. Auch ist eine Reichshöchstmietverordnung in Vorbereitung.

K. A. Rüdesheim, 19. April. Am 1. April wurde in Bingerbrück eine Wetterdienststelle errichtet, die täglich Wetterkarten verausgibt. Im Hinblick auf die besondere Wichtigkeit der kommenden Ernte wird den Gemeinden und Schulen der Bezug dieser Bingerbrücker Wetterkarten dringend ans Herz gelegt.

Aus dem Rheingau, 17. April. Ueber große Kalamitäten klagte um die Traubenernte eines Tages der erwerbslose Friseur Karl Sch. aus Eltville dem dortigen Tagelöhner Joseph F. Dieser wies darauf hin, daß Trauben eben ein sehr begehrter Artikel seien und im Rheingau ja in Mengen wachsen. Das ließ sich der Friseur nicht zweimal sagen. Schnell entschlossen kletterte er über die Mauer des Dr. Kornbuschens Anwesens in Eltville, las einen Zentner Trauben und verkaufte das Gut dem Tagelöhner für 70 M. Die hiesige Strafkammer verurteilte den fleißigen Leser wegen Diebstahl zu drei Monaten Gefängnis, seinen Berater und Abnehmer wegen Hehlerei zu vier Monaten.

Viebrich, 17. April. Heute Samstag früh zwischen 8 und 9 Uhr kam es vor dem hiesigen Arbeitsamt in der Wiesbadener Straße zu einer Schießerei zwischen einem „Schweren“ Jungen und der hiesigen Kriminalpolizei. Der Betreffende, der hier unangemeldet wohnte, trieb einen schwunghaften Handel mit geohlenen Kohlen und sollte deshalb inhaftiert werden. Der Festnahme widersetzte er sich und gab mehrere Schüsse auf den Beamten aus einem Revolver ab, die jedoch die Oberkleidung des Beamten nur durchlöchernten, sonst ihn nicht verletzten. Der Polizeiwachtmeister schoß darauf auf den Attentäter, der Johann Reiskaus nahm und durch den Schlosspark nach Schierstein zu flüchtete. Bald war die

Polizei ihm auf den Fersen, worauf er sich einen Schuß in das Bein beibrachte. Seine Festnahme ging dann glatt von statten.

Baufenselden, 15. April. Weil er an Furchterscheinungen litt, wozu jedenfalls die Berichte über Einbrüche und Diebstähle wesentlich beigetragen haben mögen, riet ein Freund hier dem andern, er solle doch seine Holzart hart machen und zum Schutze gegen Unberufene neben sich stellen. Als er sich an einem Abend wieder fürchtete, entschloß sich sein Freund, mit ihm nach Hause zu gehen und setzte sich zu dessen Beruhigung neben sein Bett. Als der Furchtsame dann plötzlich aufwachte, glaubte er offenbar einen Einbrecher neben sich zu haben, ergriff die Art und brachte seinem eigenen Freund und Wächter lebensgefährliche Verletzungen bei. Er selbst ist dann noch in derselben Nacht gestorben.

Worms, 16. April. Wegen dringenden Verdachts des Münzverbrechens wurde ein Steinbrucker und ein Mechaniker, beide 25 Jahre alt, von hier, festgenommen. Es wird ihnen zur Last gelegt, gemeinschaftlich mit zwei anderen Personen von auswärts falsche Fünfsigmarckstücke in größerer Menge vertrieben zu haben.

Saarbrücken, 16. April. Ein von der hiesigen Landesbank Filiale des Saargebiets an ihre Filiale in Trier gesandter Wertbrief mit 30 000 Franken ist unterwegs seines Inhalts beraubt worden. Bei der Ankunft in Trier enthielt der Briefumschlag einige Stücke zerrissenes Zeitungspapier.

Dortmund, 16. April. Dortmund erhält von amerikanischen Quäkern bis zum 15. Juli soviel Lebensmittel zugestellt, daß die Stadt täglich 5000 unterernährten Kindern, hoffenden Frauen und stillenden Müttern ein Essen umsonst verabfolgen kann.

Dresden, 17. April. In der staatlichen Porzellanmanufaktur in Reichen werden gegenwärtig im Auftrage des Reichsschatzamtes versuchsweise Fünfsigmarck- und Zweimarkstücke aus Porzellan hergestellt. Demnach scheint es, als sollten wir demnächst Geld aus Porzellan bekommen.

Berlin, 16. April. Die Berliner Kassenärzte richteten an den Verband der Krankenkassen ein Ultimatum. Sämtliche mit den Kassen abgeschlossenen Verträge werden für ungültig erklärt. Innerhalb von 6 Wochen müssen die Verhandlungen über die neuen Verträge beendet sein.

Berlin, 16. April. Die Garnisonfrage für die zukünftige Unterbringung der Reichswehr wird so gehandhabt werden, daß alle kleineren und mittleren Garnisonen der Vorkriegszeit fast ausnahmslos eingehen und nur größere Städte mit guten Eisenbahnverbindungen Reichswehrgarnisonorte werden, in der Regel Städte über 75 000 Einwohner. Die Kasernen in den ehemaligen Garnisonorten sollen Wohnzwecken dienlich gemacht werden. Zwei Drittel der alten Kasernen werden entbehrlich. Da die Reichswehr als lang dienende Truppe bequemer als das alte Heer untergebracht werden muß, so sind in Zukunft für Reichswehr und Sicherheitswehr Kasernen zu belegen, die etwa früher für 200 000 Mann ausreichten. Räume für 400 000 Mann sind demnach entbehrlich. Die Lager der Truppenübungsplätze kommen für zivile Zwecke weniger in Betracht.

Berlin, 16. April. Die Zahl der Erwerbslosen stellt sich nach der neuesten Zählung auf 367 000. Davon fallen etwa ein Viertel den Groß-Berliner Gemeinden zur Last. — Nach Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums beläuft sich die Zahl der Kriegsschädigten auf annähernd 1½ Millionen. Kriegshinterbliebene Witwen, Waisen und sonstige Unterstüßungsbedürftige gebe es nahezu drei Millionen. Die Versorgungssumme werde auf 4—4½ Milliarden Mark im Jahre geschätzt.

Kiel, 16. April. Die Kieler Reichswehr wird in diesen Tagen rund 3000 Arbeiter und Angestellte entlassen müssen. Die Entlassung wird damit begründet, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Betrieb gänzlich unproduktiv ist, und daß, wenn produktiver gearbeitet werden solle, die Entlassungen nicht umgangen werden könnten.

Kellerei-Artikel:

Rorken, Kapseln, Flaschen- und Siegelack, Querschneiden, Spundten, Zapfen, Spundläppchen, Fäßbleche, Signier-tusche, Pinsel, Schablonen, Etikettenleim, Fäß- und Flaschenbürsten, Fäßtalg, Fäßtint, Filtriermaterial, Seih-Brillant u. Komet-Theorit, Schwefelsäure, Kellertzerzen und Leuchter, Proben-Flaschen, Ristchen u. Hälzen, Flaschenpapier, Ristenschoner, Leder- u. Gummiverbindungen, Stäben und Trichter aus Holz u. Aluminium, Rork- und Kapselmaschinen, Filter, Pumpen, Gummi-Schläuche etc.

Nau & Bollenbach

Spezialgeschäft für Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel

Bingen a. Rh., Schmittstraße 50.

Versteigerungs-Anzeige.

Im Auftrage der **Niederwaldbahn-Gesellschaft** versteigere ich öffentlich meistbietend folgende **Gegenstände** und zwar am

Mittwoch, den 21. April 1920, vorm. 10 Uhr
beginnend in **Altmannshausen am Bahnhof der Niederwaldbahn:**

2 Gummischläuche, 4 Stehlleitern aus Holz, 1 eiserne Stehleiter, 1 Hobelbank, 1 Wandschrank, 3 Fahnenstangen, 2 Schrotbäume, 1 Drahtseil, 1 Sitzbank und dazu 5 behauene Granitsteine, 2 Regulatoren, 2 Defen, 2 **neue** Wagendecken, 3 gebrauchte Wagendecken, 2 Fahnen, 10 Vorhänge, 1 Schreibtisch mit Aufsatz, 1 Altengestell, 1 fahrbare Wasserspritze, 1 Plantuch (vom Schiff), 1 Rolle Pappe, 1 Partie gußeiserner Bänke mit gußeisernen Gestellen, Tische, Stühle u. v. m.

Besichtigung eine Stunde vor Beginn der Versteigerung.

Rüdesheim a. Rh., den 15. April 1920.

Friedrichstraße 14. **J. Heinz, Auktionator.** Telefon 187.

Einladung

zu der am

Freitag, den 23. April d. J., nachmittags 6 $\frac{1}{4}$ Uhr,
im Bierlokal des „**Frankfurter Hofes**“ hier stattfindenden

ordentlichen General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1919.
2. Revisionsbericht des Aufsichtsrates, Antrag auf Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
5. Wahl der Kommission zur Einschätzung der Aufsichtsratsmitglieder.
6. Festsetzung des Gesamtbetrages, den Anleihen unserer Genossenschaft und Spareinlagen nicht überschreiten sollen.
7. Festsetzung des Höchstbetrages für Kreditgewährung an die einzelnen Mitglieder.
8. Erweiterung der Geschäftsräume.

Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung liegt von heute ab in unserem Geschäftslokal zur Einsicht der Genossen auf.

Geisenheim, den 14. April 1920.

Der Aufsichtsrat der Rheingauer Bank

e. G. m. b. H.

Justizrat **van der Seyde**, Vorsitzender.

Fischerei-Verpachtung.

Am **Mittwoch, den 21. April 1920, vormittags 9 Uhr**, wird im Amtszimmer der **Oberförsterei zu Rüdesheim** (Steinstraße 10) die Fischerei im **Notgottefer Bach** für die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1932 öffentlich meistbietend verpachtet.

Wein-Versteigerungen im Rheingau.

In der Zeit vom 18.—29. Mai 1920 bringen die Mitglieder der

Vereinigung Rheingauer Weingutsbesitzer e. V.

ca. 400 Halbtück Rheingauer Weiss- und Rotweine der Jahrgänge 1911, 1915, 1917, 1918 und 1919 zur Versteigerung.

Interessenten erfahren Näheres durch ihre Kommissionäre, sowie die Geschäftsstelle der Vereinigung: **Eduard Salgendorff** in Eltville, Rheingauerstrasse 31.

Versteigerung

zu **Altmannshausen, Dreikönigsstr. 9**
Montag, den 26. April 1920
mittags 12 Uhr:

2 komplette Betten, 1 Kleiderschrank, Tische, Stühle, Küchenmöbel und Geräte, Porzellan und Emailgeschirre.

Stempel, in jeder Ausführung und Größe werden preiswert und . . . schnellstens geliefert von . . .

A. Meier :: Rüdesheim

Zahnpraxis Elly Lange

Tel. 303. **Rüdesheim.** Markt 13.

Sprechstunden von 9—12 und 2—5 $\frac{1}{2}$ Uhr

Sonntags auf vorherige Anmeldung.

Zahnziehen, auch schmerzlos.

Anfertigung

sämtlicher Füllungen u. Kautschukarbeiten.

— Spez.: Moderner gaumenloser Zahnersatz. —

Schönendste Behandlung.

Heine & Schott

Spezialhaus für Herren- u. Knabenkleidung

Bingen am Rhein.

Stets Eingang von Neuheiten.

Sessel, Reiseförbe,

Waschkörbe rund, oval und eckig,

Handkörbe mit und ohne Deckel,

Grüne Körbe in verschiedenen Größen

Philipp Becker,

Korb- und Stuhlflächerei

Bingen, Salzstraße 6.

Geschäfts-Empfehlung.

Der geehrten Einwohnerschaft von Rüdesheim und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, dass ich mit heutigem Tage meinen Beruf als

Friseur

ausüben werde und bitte daher mein Unternehmen gütigst zu unterstützen.

Bestellungen ausser dem Hause werden ebenfalls entgegengenommen.

Ebenfalls empfehle ich mich den geehrten Damen in Anfertigung von **Haar-Arbeiten** jeglicher Art zu den billigsten Preisen.

Hochachtungsvoll

Thomas Eider, Friseur.

Rüdesheim a. Rh., Schmidtstrasse Nr. 27.

Geschäftsverlegung!

Einer geehrten Einwohnerschaft von Rüdesheim und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, dass ich mein **Althandel-Geschäft** vom 20. April 1920 ab nach

Kellerstrasse 10

hier verlegt habe.

Ich bitte mir das Vertrauen, welches ich in Neustrasse 3 gehabt habe, auch dortselbst entgegenbringen zu wollen.

Achtungsvoll

Willi Magnus, Althändler

Rüdesheim a. Rh., Kellerstr. 10.

Zu verkaufen:

14 bis 1500 Weinflaschen
eine große Partie Weinkisten
50 bis 60 Zentner Stroh

J. Heinz, Rüdesheim a. Rh.

Telefon 187.

Wein- und Wasserschläuche

Fassbürsten

Spundlappen

Fassbleche

☛ **Kellerschürzen** ☛

sofort ab Lager lieferbar.

Julius Hinckel Söhne

Filiale Kreuznach

Mannheimerstrasse 63.

Fernsprecher Nr. 803.

Krepp-Papier empfiehlt **A. Meier**